

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

24.11.1925 (No. 273)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlstr. 14.
Karlstr. 14.
Karlstr. 14.
Karlstr. 14.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Kneub.
Karlstr.

Abzugspreis: Monatlich 3.— Geldmark einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Gelpfenning. — Samstag 15 Gelpfenning. — Anzeigengebühr 14 Gelpfenning für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. — Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anklage Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Karlstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Pensionsrat des Innern behandelt. Bei Klageerhebung, zungewöhnlicher Verbreitung, und Konfuzionsverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in betrüblichem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beiträge zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralverlagsgesellschaft für Baden, Badischer Zentralverlagsgesellschaft für Baden, Wissenschaft und Bildung, Anklage Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Die öffentlichen Lotterien und Auspielungen

In neuerer Zeit mehrten sich die Fälle der Anpreisung von in Baden nicht zugelassenen Lotterien in den Tageszeitungen. In Baden zugelassen sind nur die preuß. süddeutsche Massenlotterie, die vom Ministerium des Innern genehmigten, im Staatsanzeiger jeweils bekannt gegebenen Privatlotterien sowie die von den Landeskommissionen und Bezirksämtern genehmigten öffentlichen Auspielungen. Andere Lotterien, insbesondere auch andere Staatslotterien, sind verboten; Anpreisung, Vertrieb und Erwerb ihrer Lose sind strafbar.

Prüfung im Fußbeschlagn

Die nächsten öffentlichen Prüfungen im Fußbeschlagn finden statt:
am Freitag, den 18. Dezember 1925, vorm. 8 Uhr in der Fußbeschlagnschule zu Freiburg.
am Montag, den 21. Dezember 1925, vorm. 8 Uhr in der Fußbeschlagnschule zu Karlsruhe und
am Dienstag, den 22. Dezember 1925, vorm. 9 Uhr in der Fußbeschlagnschule zu Mannheim.
Begen des näheren wird auf die Bekanntmachung im „Staatsanzeiger“ vom 19. November 1925 Nr. 269 verwiesen.

Die Lage des Arbeitsmarktes

Der Arbeitsmarkt hat sich in der Berichtswoche (12. bis 18. November) nicht unbedeutend weiterverschlechtert. Die rückläufige Entwicklung drückt sich zunächst in erheblichem Steigen der Andrangsziffer (d. h. des Verhältnisses der Zahl der Arbeitsuchenden auf 100 offene Stellen) aus. Insgesamt ist sie von rund 1985 am 11. November auf rund 2233 am 18. November gestiegen. An der Verschlechterung ist wesentlich der männliche Arbeitsmarkt beteiligt, hier vor allem Metall- und Maschinenindustrie, Holz- und Schnitzstoff, sodann Baugewerbe. Der Andrangsziffer entsprechend ist die Erwerbslosenziffer gestiegen, sie belief sich am 18. November auf insgesamt 15 472 gegenüber 13 648 vom 11. November.

In der Metallindustrie hat die Verschlechterung zugenommen. Eine Nähmaschinenfabrik mußte zu Werksbeurlaubungen von 454 männlichen und 81 weiblichen Arbeitskräften schreiten, ein Walzwerk sah sich gezwungen, für 660 männliche und 140 weibliche Arbeitskräfte Kurzarbeit einzuführen, ein Eisenwerk sodann hat 450 Arbeiter und 14 Angestellten auf Ende ds. Wts. gekündigt. Hierzu kommen noch eine Anzahl kleinerer Entlassungen und Werksbeurlaubungen. In der Uhrenindustrie wird vielfach mit Verkürzung gearbeitet.

In der chemischen Industrie blieb die Lage uneinheitlich, eine Lackfabrik hat Werksbeurlaubung eingeführt.

Im Spinnstoffgewerbe blieb die Baumwollindustrie im ganzen noch recht gut beschäftigt, auch die Seidenindustrie zeigte noch Kräftebedarf.

Der Geschäftsgang in der Weinheimer Lederindustrie war zufriedenstellend.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe verschlechterte sich der Arbeitsmarkt, dieselbe Entwicklung wurde teilweise auch in der Tabakfabrikation beobachtet. Das Weihnachtsgeschäft der Zigarren- bzw. tabakverarbeitenden Industrie entspricht den gebotenen Hoffnungen nicht.

Der im ganzen ruhige Arbeitsmarkt des Bekleidungsgebietes zeigte in der Schuhfabrikation teilweise Verschlechterung.

Im Dampfergewerbe hat der Geschäftsgang stark nachgelassen und infolgedessen insbesondere die Zahl der stellensuchenden Hilfsarbeiter zugenommen.

Die Verschlechterung im Fremdenvergabe, die teilweise auch auf den Arbeitsmarkt der Hausangestellten übergriffen hat, hält an.

Der Prozess wegen der Eisenbahnkatastrophe in Bellinzona begann dort am Montag. Nachmittags beschäftigten die Mitglieder des Schwurgerichts, die Angeklagten, die Verteidiger und Advokaten der Zivilparteien die Angehörigen. Sodann fand eine Besprechung der Mitglieder des Gerichts mit den Anwälten der Angeklagten im Bahnhof von Bellinzona statt, an der auch die Vertreter der Zivilparteien teilnahmen. Wie verlautet, sollen Schritte unternommen werden für den Abschluß eines Vergleichs.

Australien, England und die Vereinigten Staaten

In einer Korrespondenz aus Melbourne wird folgendes mitgeteilt:

Bekanntlich haben fünf von den sechs australischen Bundesstaaten ein Memorandum an die Regierung des Mutterlandes gerichtet, in dem sie den Wunsch zum Ausdruck brachten, daß die australischen Staaten künftighin ihre Staatsgouverneure nicht mehr aus England zugeführt erhalten möchten, sondern australische Bürger an der Spitze der Verwaltung der Einzelstaaten sehen wollten. Diese fünf Staaten sind diejenigen, in denen die Arbeiterpartei am Ruder ist und es ist ganz begreiflich, daß diese Partei statt der von England kommenden bürgerlich gesinnten Gouverneure diese Stellung lieber mit eigenen Parteigenossen besetzen möchte. Dazu kommt noch, daß in Australien die Arbeiterpartei in fast noch höherem Maße ein ausgeprägtes australisches Selbstgefühl besitzt, als ihre bürgerlichen Gegner.

Es ist nun besonders bemerkenswert, daß in dieser Angelegenheit, die zur Parteifache gemacht worden ist, ein großes bürgerliches Blatt, der „Age“, sich dem Wunsch der Arbeiterpartei anschließt. Der „Age“ vertritt nämlich die Auffassung, daß ein Wechsel der bisherigen Einrichtung bei der Ernennung der Gouverneure keine Gefahr für Australien bedeuten könne, da die australische Bevölkerung vernünftig genug sei, keinen Volschweigen zum Staatsgouverneur zu machen. Jedenfalls sei es auf die Dauer unmöglich, den Wunsch der Bevölkerung von fünf Staaten unberücksichtigt zu lassen.

Unzweifelhaft würde die Berufung ausschließlich australischer Staatsgouverneure politisch eine gewisse Lockerung des Verhältnisses zum Mutterlande bedeuten. In wirtschaftlicher Hinsicht bedeutet es eine solche Lockerung, daß von der neuen Anleihe der Commonwealth von 20 Millionen Pfund Sterling nur 5 Millionen in London, der Hauptteil von 15 Millionen aber in Amerika ausgelegt worden sind. Die anglophilen Blätter haben denn auch in richtiger Würdigung dieser Tatsache ihr Bedauern ausgesprochen, daß damit gegen „tradition and national sentiment“ verstößen worden sei und der „Argus“ hat die bestimmte Erwartung ausgedrückt, daß die Regierung in Zukunft ihre finanziellen Bedürfnisse in erster Linie innerhalb des britischen Imperiums decken würde.

Bringt schon die Aufnahme von Geld bei den Vereinigten Staaten eine gewisse Annäherung an Amerika mit sich, so hat der Besuch der amerikanischen Flotte im vorigen Monat geradezu zu einer Art von Verbrüderung geführt. Sowohl die Regierung wie die privaten Kreise benutzten jede nur erdenkliche Gelegenheit, den Gästen den Aufenthalt in Australien so angenehm als nur möglich zu gestalten und die Nachrufe, die von der Presse bei der Abfahrt der amerikanischen Flotte den scheidenden Gästen gewidmet wurden, waren von ungewöhnlicher Herzlichkeit. So begann der hiesige „Herald“ seinen Nachruf mit den Worten: „Sie kamen, sie sahen und sie haben gegesigt.“ In den 14 Tagen der Anwesenheit der amerikanischen Flotte hatte sich zwischen ihr und der australischen Bevölkerung eine Liebe und eine Hochachtung herausgebildet, die als einzigartig zwischen den Völkern zweier verschiedener Rassen bezeichnet werden müßte.

Wenn nun die australischen Blätter auch betonen, daß der Flottenbesuch keinerlei politische Ziele verfolgt habe, so geben sie doch zu erkennen, daß sie für Australien politisch-militärische Vorteile erwarten. So sagt der „Herald“ ganz offen: „Wir können unserer eigenen Zukunft umso mutiger ins Auge sehen, als wir wissen, daß wir nicht allein stehen werden, denn wir wissen, daß die stärkste Macht im Stillen Ozean mit uns durch Bande persönlicher Freundschaft verknüpft ist, die einen viel größeren Wert haben, als die Papierfetzen internationaler Verträge.“ Das heißt doch nichts anderes, als daß man auf die Unterstützung durch die Flotte der Vereinigten Staaten rechnet, wenn es früher oder später zu dem von Australiern halb befürchteten und halb erhofften Entscheidungskampf mit Japan kommen sollte.

Ähnlich äußert sich der „Sydney Morning Herald“, indem er hervorhebt: „Strategische Probleme wechseln dauernd und jetzt hat der Stille Ozean eine Bedeutung erlangt, die ihm früher nicht gebührt hatte. Die Folge davon ist, daß dieser Ozean eine größere Rolle in den

Berechnungen der Kriegsstotten spielt. . . Ebenso wie Großbritannien Singapore als Flottenbasis ausbaut, um seine östlichen Handelslinien zu sichern, so veranstalten die Vereinigten Staaten Flottenmanöver auf der entgegengesetzten Seite des Ozeans. Darin liegt nichts Gehässiges oder Herausforderndes.“

Nun, Japan hat in dem Ausbau von Singapore eine Herausforderung erblickt und wenn die australischen Blätter die Manöver der amerikanischen Kriegsstotte mit dem Ausbau von Singapore in eine Linie stellen und ein Zusammenwirken von England und den Vereinigten Staaten im Pacific andeuten, so kann das kaum die Beunruhigung der Japaner vermindern.

Die Locarnodebatte im Reichstag

Nach der gestrigen Rede des Reichstanzlers begann am heutigen Dienstag die Debatte über die Locarnoverträge. Die Rede des Reichstanzlers war sehr sachlich und in außen- und innenpolitischer Hinsicht sehr vorsichtig gehalten und brachte nichts wesentlich Neues. Als erster Redner der Parteien nahm am heutigen Dienstag vormittag der sozialdemokratische Abgeordnete Wels das Wort. Er trat für die Annahme der Locarnoverträge ein. Nach ihm sprach der Deutschnationaler, Graf Westarp, gegen die Verträge.

W. B. Berlin, 24. Nov. (Tel.)

Auf der Tagesordnung steht die Aussprache über das Vertragswerk von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund.

Abg. Wels (Soj.): Mit ungetrübter Freude wird keines die Vorlagen begrüßen. Jeder aber muß erkennen, daß wir am Scheidepunkt der europäischen Politik stehen. Es ist allgemein ein Bedürfnis nach Frieden vorhanden, was nur von denen verneint werden kann, die aus der wirtschaftlichen Unruhe und der politischen Unsicherheit Vorteile auf Kosten der Allgemeinheit ziehen wollen. Die deutsche Arbeiterschaft hat dieses Bedürfnis in erster Linie. Die Deutschnationalen müßten aus der Denkschrift Chamberlains wissen, daß eine Ablehnung des Locarno-Vertrages durch Deutschland, die Folge hätte, daß England eine neue Entente gegen Deutschland aufsuchen würde. Die Kommunisten sollten bedenken, daß der Locarno-Vertrag in keinem Punkte sich gegen Rußland richtet. Wir halten fest am Napoleonvertrage. Wir wollen keine Isolierung Rußlands. Andererseits wäre aber ein Schutz- und Trutzbündnis Rußlands mit Deutschland gegen Westeuropa ein militärisches Bündnis zwischen Reichswehr und der roten Armee, ein ganz unsinniger Gedanke! Ein Bündnis, das über das im Napoleonvertrage angestrebte wirtschaftliche Bündnis hinausgeht, wäre ein Verbrechen am westeuropäischen Frieden. Rußland wird immer mehr zur Abkehr von der alten Abenteuerpolitik der Bolschewiki genötigt. Die sozialistische Internationale hat immer den Plan bekämpft, den Völkerverbund zu einem Instrument gegen Rußland zu machen. Wenn die Deutschnationalen jetzt behaupten, sie wären von Anfang an Gegner des Sicherheitspactes gewesen, so sagen sie die Unwahrheit. In einer Sitzung der Konservativen Partei, deren Führer auch Graf Westarp ist, schätzte der deutschnationaler Abgeordnete Dr. Everling die Zahl der Gegner des Sicherheitspactes in der deutschnationalen Fraktion auf wenig mehr als ein halbes Duzend. (Hört, hört!) Graf Westarp verteidigte in dieser Sitzung seine vorhergehende Reichstagsrede. Dabei meinte er: „Ich konnte mich doch nicht hinstellen und sagen: Wir werden den Verzicht — auf Elsaß-Lothringen — niemals aussprechen.“ (Hört, hört!) Graf Westarp sagte bei dieser Gelegenheit, auch der Reichspräsident von Hindenburg habe gewisse Äußerungen gemacht. Auf Hindenburg sei schwer Einfluß zu gewinnen und man müsse zunächst das Wort beachten: „Dränge dich nicht zu einem Fürsten, wenn du nicht gerufen wirst!“ So sprechen die Deutschnationalen von ihrem eigenen Präsidialkandidaten. (Hört, hört!) Wir besitzen dieses Protokoll und werden davon gelegentlich weiter Gebrauch machen. Auf dieser Tagung wurde festgestellt, daß die Annahme des Sicherheitspactes zu einer Schwächung der Deutschnationalen Partei führen würde. Darum kam man schließlich zur Ablehnung. Die Deutschnationalen arbeiten auf einen neuen Krieg hin. Wir aber wollen den europäischen Frieden und nehmen darum den Locarnovertrag an. Dieser Vertrag kann nur von einer Regierung durchgeführt werden, die von republikanischem Geiste erfüllt ist. Wir müssen auch die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achttundentag verlangen, denn der Geist von Weimar, von Locarno und von Washington gehören zusammen. Aber das jetzige Kumpfkabinett ist nicht mehr zu reden; denn von ihm ist nur noch ein Schatten vorhanden, der bald verschwinden wird. Wir nehmen Locarno an, nicht Ihnen zuliebe, sondern weil wir damit dem deutschen Volke und dem europäischen Frieden dienen wollen. (Großer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Loebe teilt mit, daß von den Völkischen ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung und außerdem ein Antrag eingegangen ist, wonach bei Annahme der Vorlage die Verklündigung auf zwei Monate ausgesetzt werden soll.

Abg. Graf von Westarp (Dnat.). Das von Herrn Wels verlesene Protokoll enthält einen so ausgesprochenen Unsinn, daß ich der Sozialdemokratie und Herrn Wels zu seiner Fälschung nur gratulieren kann. Keineswegs begehen wir den Unsinn, einen neuen Krieg zu propagieren. Auch wir wollen die Verständigung Deutschlands mit seinen Kriegsgenossen v

Nachdem, aber es muß eine sein, die den deutschen Boden von französischen Truppen säubert, die Deutschland die wirtschaftliche Freiheit und Gleichberechtigung bringt. Meine Freunde und ich werden die Gesetzesvorlage einstimmig ablehnen. Nach unserem Eintritt in die Reichsregierung wurde in dem Memorandum des Reichsaußenministers ohne unser Vorwissen das Angebot des Sicherheitspaktes gemacht. Wir haben uns dauernd bemüht, den Vertrag so zu gestalten, daß er auch für uns annehmbar wäre. Wir müssen feststellen, daß das Verhandlungsergebnis von Locarno unseren Bedingungen nicht entspricht. Nach unseren Bedingungen sollte jeder Verzicht auf deutsches Land, jede erneute Anerkennung des Versailler Vertrages ausgeschlossen sein. Diese Bedingung ist nicht erfüllt. Widerspruch des Außenministers Dr. Stresemann. Der belgische Außenminister Vandervelde hat erklärt, daß Deutschland mit dem Locarno-Vertrag den Versailler Vertrag anerkennt. Weiter ist auch die Bedingung nicht erfüllt, daß Deutschland nicht in eine Stellung gegen Rußland gedrängt werden darf. Auf uns lastet immer noch die Schmach der Kriegsschuldfrage. Sie ist bei den Verhandlungen von Locarno nicht von uns genommen worden. Dafür, daß endlich in der Frage der Abrüstung alle Länder gleich behandelt werden, scheint uns die erforderliche Sicherheit nicht gegeben. Als Hauptvorteil des Vertragswertes wird gepriesen, daß nunmehr alle Streitigkeiten dem Vergleichsverfahren unterworfen werden sollen. Die Vermeidung von Krisen in Paragrafen zu formulieren, ist ein Problem, wie das der Quadratur des Kreises. In den vorliegenden Verträgen soll sich Deutschland auf unabsehbare Zeit hinaus der Entscheidung des Völkerbundes und vielleicht auch Englands unterwerfen, ob es als Angegriffener zu unterstützen oder als Angreifer niederzuschlagen ist. Wir verlangen greifbare Vorteile und treffen uns hier mit der Regierung und den Regierungsparteien.

Die Stellung der Parteien

Die deutschnationale Fraktion des Reichstages hat in ihrer Montagabend abgehaltenen Fraktionsitzung nach längerer Beratung endgültig den Beschluß gefaßt, das Vertragswert von Locarno abzulehnen und ein Mißtrauensvotum gegen das Reichskabinett zu beantragen, dessen Formulierung morgen erfolgen wird.

Das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen: Angesichts der Erklärungen, die die Reichsregierung zur Locarno- und Völkerbundsfrage abgegeben hat, obwohl sie gleichzeitig ihren demnächst erfolgenden Rücktritt angekündigt hat, entzieht der Reichstag der Reichsregierung das Vertrauen, dessen sie nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedarf.“

Die deutschnationale Reichstagsfraktion brachte weiter folgenden Antrag ein:

„Der Reichstag wolle beschließen, dem Artikel 2 des Gesetzes über die Verträge von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund folgenden Absatz 2 hinzuzufügen: „Zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bedarf es eines besonderen Gesetzes.“

Die kommunistische Fraktion des Reichstages hat beschlossen, bei der Abstimmung über den Locarno-Vertrag auf der Zweidrittel-Mehrheit zu bestehen, die für ein verfassungsänderndes Gesetz erforderlich ist, und ferner auf Grund des Art. 72 der Reichsverfassung die Aussetzung der Verkündung des Gesetzes zu beantragen. Der Art. 72 der Reichsverfassung lautet: „Die Verkündung eines Reichsgesetzes ist um 2 Monate auszusetzen, wenn es ein Drittel des Reichstages verlangt. Gesetze, die der Reichstag und der Reichsrat für dringlich erklären, kann der Reichspräsident ungeachtet dieses Verlangens verkünden.“

Reichstagspräsident Loebe schreibt im „Vorwärts“ unter der Überschrift „Wo steht die Partei?“ u. a. Die sozialdemokratische Fraktion hat am Freitagabend einen Antrag Loebe angenommen, der sich für die Zustimmung der Fraktion zum Sicherheitspakt und für den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund ausspricht. Warum? Die Ablehnung des Vertrages von Locarno bedeutet noch mehr Arbeitslosigkeit, noch mehr Not. Laßt uns doch das eine nicht vergessen: Der Krieg ist es, der uns heruntergebracht hat. Nur der Frieden, der geschäftliche Frieden, kann Abhilfe bringen. Keine Besserung, kein Wohlstand, keine Hoffnung auf Emporkommen, kein Sozialismus ist

in Europa ohne die feste Gewissheit des Friedens möglich. Locarno bedeutet die Milderung der bevorstehenden wirtschaftlichen Noe. Die deutsche Arbeiterpartei darf aus innerpolitischen und praktischen Gründen das Vertragswert nicht gefährden.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages

trat am Montag nach dem Plenum zu einer Sitzung zusammen, um sich mit den einzelnen Punkten des Vertragswertes von Locarno zu beschäftigen. An der Sitzung nahmen außer dem Reichskanzler Dr. Luther, dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem Reichsinnenminister Dr. Gieseler auch die Vertreter der Länder teil. Der Ausschuss behandelte zunächst die Entwaffnungsfrage, zu der die Vertreter der verschiedenen zuständigen Ministerien Stellung nahmen. Als dann beschäftigte sich der Ausschuss mit den Auswirkungen des Locarno-Abkommens auf das besetzte Gebiet. Die Medner der einzelnen Parteien gingen ausführlich auf die Materie ein. Als Schluß der ausgedehnten Debatte sprach der Reichsaußenminister Dr. Stresemann. Es wurde dann noch betont, daß das Gutachten der Reichsregierung darüber, ob das Locarno-Gesetz ein verfassungsänderndes sei oder nicht, den Mitgliedern des Ausschusses mit größter Beschleunigung in gedrucker Form zugeteilt werden würde, so daß in den nächsten Tagen der Ausschuss über diese Frage beraten könne.

Die Handelsverträge mit Österreich, der Schweiz und Italien werden im handelspolitischen Ausschuss des Reiches beraten werden.

Keine Festlichkeiten in London

Mit Rücksicht auf den Tod der Königin Alexandra wurden, wie aus London gemeldet wird, alle Festlichkeiten, die anlässlich der bevorstehenden Unterzeichnung der Locarno-Verträge vorgesehen waren, abgesetzt.

Der Londoner Parlamentsberichterstatter des „Daily Graphic“ will wissen, daß eine Mitteilung an die in Betracht kommenden Regierungen bevorsteht, in der diese ersucht werden, ihre Botschafter in London anzukommen, den Locarno-Vertrag namens ihrer Länder zu unterzeichnen.

Die Kabinettsneubildung in Frankreich

Der Präsident der Republik, Doumergue, hat am Montag Briand die Kabinettsbildung angeboten. Dieser erklärte, heute Dienstag, die Entscheidung treffen zu wollen, ob er die Kabinettsbildung übernehme. Wie Sabas meldet, scheint Briand jedoch nicht entschlossen zu sein, das Präsidium des neuen Kabinetts zu übernehmen. Er will nur Leiter der auswärtigen Angelegenheiten sein, da er die Ansicht vertritt, daß mit dem Abschluß der Verträge von Locarno seine Aufgabe noch nicht erfüllt ist, sondern erst dann, wenn die Frage der interalliierten Schulden und die Frage der Beziehungen zu Rußland gelöst ist. — Die Frage, welche Persönlichkeit der Präsident der Republik in diesem Falle mit der Kabinettsbildung beauftragen werde, wurde am Montag in den Wandelgängen der Kammer erörtert. Zwei Persönlichkeiten wurden genannt: Ferriot und Senator Paul Doumer.

Nach dem „Centre“ besteht, wenn Briand seine Enquête über die allgemeine Lage beendet hat, die Möglichkeit, ein Kabinett mit den Sozialisten zu bilden. In diesem Falle käme als Ministerpräsident Ferriot in Frage, vielleicht auch ein Senator René Renoult. Wenn aber die Sozialisten zu weitgehenden Bedingungen stellen sollten, so käme eine Regierung Doumer in Frage, die sich von rechts bis zu den Linksrepublikanern erstreckte. Siegher aber eine Beteiligung der Sozialisten an der Regierung sichergestellt werde, komme in erster Linie Ferriot für die Kombination in Frage, und in zweiter Linie der Senator René Renoult.

Internationale Regelung der Ein- und Ausfuhrverbote. Der Generalsekretär des Völkerbundes richtete, wie aus Genf gemeldet wird, an die Mitgliedsstaaten ein Schreiben, in welchem er den von der Wirtschaftskommission des Völkerbundes ausgearbeiteten Entwurf zu einem internationalen Abkommen betreffend die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote und Einschränkungen übermittelt. Der Entwurf, nach welchem sich alle sich anschließenden Staaten verpflichten, innerhalb von 6 Monaten sämtliche Ein- und Ausfuhrverbote aufzuheben, soll als Grundlage für eine neue Beratung der Wirtschaftskommission des Völkerbundes dienen und später voraussichtlich einer internationalen Konferenz vorgelegt werden.

Zur Frage der Erwerbslosenfürsorge

Im Reichstagsauschuss für soziale Angelegenheiten liegt ein Antrag der Sozialdemokraten betr. Erhöhung der Unterstützungen der Erwerbslosen vor. Auch den Kurzarbeitern soll eine entsprechende Unterstützung gewährt und die Unterstützungsdauer soweit verlängert werden, wie es gegenwärtig notwendig sei. — Die Vertreter des Reichsaussenministers, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei sprachen sich zustimmend aus. — Die Kommunisten verlangten eine sofortige Verdoppelung der Unterstützung ohne Karenzzeit für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit. — Geheimrat Weigel vom Reichsarbeitsministerium hielt es wegen der großen finanziellen Auswirkung für geboten, daß zunächst der zuständige Ausschuss des Verwaltungsrates des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung sich mit den Anträgen beschäftigt.

Schutz der Jugend bei Luftbarkeiten

Der Reichstagsauschuss für Jugendchutz und Jugendpflege begann am Montag die Beratung des Gesetzesentwurfes über den Schutz der Jugend bei Luftbarkeiten. Aus der Debatte ist hervorzuheben, daß über das Schutzalter von 18 Jahren allgemein Einverständnis herrschte. Von dem Vertreter der Reichsregierung wurde auf Anfrage mitgeteilt, daß dem Reichsrat bereits ein Entwurf vorliegt, der Abschluß der Beratung aber noch nicht zu übersehen sei. Dieses Gesetz sehe vor, daß Ausführungsbestimmungen nur d. die Landesregierungen erlassen werden sollten. Ausführungsbestimmungen des Reiches könnten erst in Frage kommen, wenn von den Ländern der Wunsch danach bestünde oder sich sonst die Notwendigkeiten für eine einheitliche Reichsausführung ergebe. Die Ausführungsbestimmungen hingen im übrigen von der Gestaltung des Gesetzes ab, die sich noch nicht übersehen lasse.

Eröffnung des memelländischen Landtages. Montag vormittag trat im Rathhausaal zu Memel der erste memelländische Landtag zusammen. Zum Präsidenten des Landtages wurde Handelsministerpräsident Kraus (memelländische Volkspartei) gewählt, der darauf in einer Erklärung betonte, daß die Memelländer immer bereit sein würden, an dem Auf- und Ausbau des litauischen Staates mitzuarbeiten. Sie rechneten bestimmt damit, daß die Autonomie lokal durchgeführt werde. — Abg. Gubba (Memel. Landvolkspartei) verlas sodann eine Entschließung, in der Protest dagegen erhoben wird, daß der Gouverneur das zurückgetretene Landesdirektorium mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt habe. Damit war die Sitzung beendet. — Das Direktorium war seinerzeit im Januar 1923 von den Ruffischen eingesetzt und hat nur zwei von den Abgeordneten des neu gewählten Landtags hinter sich.

Kurze Nachrichten

Die Wahrnehmung der Geschäfte der zurückgetretenen Reichsminister. Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers Dr. Luther den Reichskanzler mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers der Justiz und den Reichs-

Das deutsch-spanische Handelsabkommen. Der Reichsaussenminister veröffentlicht in seiner heutigen Ausgabe den Wortlaut des vorläufigen Wirtschaftsabkommens zwischen dem deutschen Reich und dem Königreich Spanien.

Ein Berliner Denkmal für Reichshofen. Der Ring der Flieger in dem fast alle ehemaligen Flieger vereinigt sind, beschließt, seinem unerblicklichen Kameraden, Manfred Freiherrn von Reichshofen, auf dem Anwaltsberufhof ein Denkmal zu errichten. Die Vorbereitungen hierfür sind bereits in vollem Gange. Man hofft, das Denkmal am 25. April 1926 anlässlich des 8. Wiederkehr des Todestages von Reichshofen feierlich enthüllen zu können.

Klara Jettin aus Rußland zurück. Die kommunistische Reichstagsabgeordnete Frau Klara Jettin, trifft nach mehr als zweijährigem Aufenthalt in Rußland morgen wieder in Berlin ein. Sie wird wiederum am politischen Leben teilnehmen und sich bereits an der Locarno-Debatte im Reichstag beteiligen.

Tischtscherin reist nach Paris. Die „Voss. Zeitg.“ meldet aus Paris: In unternichteten Kreisen verlautet, daß der russische Außenminister Tischtscherin in den nächsten Tagen in Paris eintreffen werde, um persönlich mit der französischen Regierung zu verhandeln. Gleichzeitig werde der französische Botschafter in Moskau, Derbette, in Paris erwartet.

Georg Dehio und die deutsche Kunst

(Zum 75. Geburtstag am 22. November)

Zu des Meisters 75. Geburtstag schrieb die berufene Feder von Ernst Polaczek eine biographische Studie und läßt in flüger Rückschau ein deutsches Gelehrtenjubiläum an uns vorüberziehen. Fesselnd in der deutschen Gründlichkeit und Beharrlichkeit, in seiner Zielstrebigkeit glücklich erfüllt. Seine Lebensarbeit wird zwangsläufig mit seiner soeben vollendeten „Geschichte der deutschen Kunst“ (Verlag de Gruyter, Berlin, 1926, 424 Seiten, des Textes III. Band) gekrönt. Altballistischem Patriatismus entsprossen wird Dehio eigenem Wandertrieb gemäß Süddeutscher, geht von München nach Königsberg, dann nach Straßburg, endet in Tübingen nach Kriegsende. Kunstwissenschaft ist für den Forscher Dehio Geschichtswissenschaft. Urgrund, Genesis und Ausmündung des Vasillitalitales erregt seine frühesten Interessen; ausgedehnte, unzählige Reisen schaffen mühsam Grundstoff und Rohmaterial. Gustav von Bezold war ihm getreuer Helfer bei dieser systematischen Arbeit. Der Architekturbehandlung schloß sich jene der deutschen Plastik an bis zum Beginn des Klassizismus. Der deutsche Gedanke war hier im Lauf von 6 Jahrhunderten aufgezeigt: ein Thema, was sich später zur großen deutschen Kunstgeschichte auswaschen sollte. Bevor dies Reise-Werk seinen Abschluß fand, erschien mancher kunsthistorische Aufsatz von hohem Wert, es sei nur an „Zu den Stulpturen des Bamberger Doms“ erinnert, an den Bildhauer Hans Baldos, an das Handbuch der deutschen Denkmäler, aus dessen über 200 Bände verteilter Inventarisierung ein 5bändiger Auszug auch nächstens Schweiz und Österreich umfassen wird. Wie goethisch-tief ist doch die Stimme seines Herzens am Fuß des Straßburger Münsters an ihn ergangen, wo die Sehnsucht nach wurde, einmal der Wesensgestalt des Deutschland im Spiegel der Kunst eindringlichst zu folgen, sich Rechenschaft zu geben, wie deutsche Geschichte in deutscher Kunst wirksam wurde. Mit profunder Gelehrsamkeit und sensibler Empfindungsstärke begab beschwört der denkerische Forscher in der beruhigend-warmen, gehaltvollwägenden Diktion das künstlerische Schicksal der Deutschen heraus, wie es wohl keinem Zweiten ähnlich glücken konnte. Der Niederschlag seines tausendfältigen, höchst differenzierten Erlebens und Einfühlens erhält historischen Adel. — Es kristallisiert allerorten klassisch aus. Jedes Wort und Urteil hat Gewicht. Die Gedanken haben Relief, in die psychischen und ästhetischen Momente bringt ein sprachvirtuoses Können voll reifster Schmiegsamkeit ein. Eine begnadete Seele zeugt von Innerelebnissen, deren Drang der Gesichte sich ebenmäßig auswirkt im Rhythmus einer gebändigten, restlos beherrschten Sprache. Hunderte von vorzüglichen Bildwerken, entdeckend gruppiert,

bringen Augenwürdigkeit, machen die ergreifende Seele sehend im Sinne des Meisters. Das Werk wird in seiner monumentalen Art unbedingten Glauben an unsere deutsche Volkskraft wecken, unseren Zukunftswillen stärken. Dehio gab uns ein Nationalgeschenk. Prof. Hanns Schmiedel.

Bruno H. Bürgel,

Astronom, Philosoph und Dichter, wurde am 14. November 50 Jahre alt. Vom Proletariatskind, vom Fabrikarbeiter hat er sich hinaufentwickelt zu den Höhen des geistigen Lebens. Hunderttausende lesen heute seine Bücher, hunderttausende lauschen seinen Vorträgen. Raum einer versteht es so wie er, die schwierigsten und tiefsten Probleme so klar und anschaulich darzustellen, daß der einfachste Mann sie versteht. Aber er belehrt nicht nur, er erhebt und seine Darlegungen sind erfüllt vom Zauber dichterischer Geistlichkeit und oft ergreifender poetischer Schönheit.

Sein erstes und bekanntestes Werk ist das Buch „Aus fernen Welten“, das Ernst Haedel als die „beste, vollständigste Himmelskunde“ bezeichnet hat. Seinen eigenen schweren Werdegang schildert er in dem mit warmen sozialen Verständnis geschriebenen Buch „Vom Arbeiter zum Astronomen“. Ein Buch stiller Andacht, einen Führer auf der Pilgerreise des Lebens hat er uns in „Menschen untereinander“ gegeben, während er in dem Buch „Im Garten Gottes“ uns die unendliche Schönheit der weiten Welt offenbart. Zwei phantastische Romane „Der Stern von Afrika“, eine Reise ins Weltall, und „Gespensker“, ein Buch über das Unbekannte spannen und regen die Phantasie mächtig an.

Den Kindern, für deren seelische Eigenart er großes Verständnis zeigt, hat er in den „Seltamen Geschichten des Doktor Ublebuhle“ ein naturwissenschaftliches Märchenbuch von eigenartigem Reize besetzt. Als neuestes Werk seiner Feder erscheint im November „Weltall und Weltgefühl“. Das Buch zeigt, wie das menschliche Denken und Fühlen zu allen Zeiten von den Anschauungen über die Natur und die Geheimnisse des Weltalls beeinflusst wurde, wie Sternkunde und Sternkunde die Grundlage der ältesten Weltregionen und der naturphilosophischen Systeme aller Kulturen darstellte.

Vertragsabend Alfred Hugenberg. Im Rahmen der „Schweizer Tage“ kam auch der Dichter Alfred Hugenberg nach der badischen Landeshauptstadt. Eine recht ansehnliche Zuführerschaft hatte sich im Saale der Handelskammer eingefunden, um dem Schweizer Landmann und Dichter zu lauschen. In freier ungestörter Weise, aber mit edler Seele las Hugenberg aus seinen Werken vor und fesselte alle Zuhörer bis zum Schluß. Seine „Dorfgenossen“ und „Vergewaltigter“ bewiesen hohe künstlerische Stufe, aber auch der neueste Roman „Die Frauen von Siebenader“, wovon er einige Kapitel vorlas, zeigte den Dichter auf seiner Höhe. Daß Hugenberg auch guten gesunden Humor besitzt, war aus der Geschichte des Bauernlebens und auch aus seinen Mundart-Dichtungen zu erkennen. Alles in allem, es war ein genussreicher Abend, die Zuhörer dankten Hugenberg durch vielen herzlichen Beifall.

Die Karlsruher Schweizerkolonie veranaltete am Samstag im „Löwentan“ zu Ehren des Dichters Alfred Hugenberg einen sehr zahlreich besuchten Familienabend, zu dem auch der Konsulatsverweser, Legationsrat Dr. Zetter, und der Präsident des Schweizer Unterstützungsvereins Mannheim, Dr. Kunz, als Gäste erschienen waren. Präsident Zetter hieß die Landsleute, vor allem aber den Dichter selbst und außer ihm die Mannheimer Herren, aufs herzlichste willkommen. Legationsrat Dr. Zetter gab seiner lebhaften Freude Ausdruck, unter den Karlsruher Schweizern weilen zu können. Er begrüßte auch seinerseits den lieben Landmann Hugenberg, auf den man mit Recht stolz sein dürfe. Nach einem Rückblick auf die vergangenen schmerzlichen Zeiten und einer hoffnungsvollen Aussicht in die Zukunft trank der Vertreter des Konsulats auf das Blühen und Gedeihen der Karlsruher Schweizerkolonie. Umrahmt von Klavierorträgen las dann Herr Hugenberg aus seinen Gedichten und Erzählungen vor, die alle herzerfrischend feinsinnig atmeten. Nur zu schnell flossen die schönen Stunden dahin und man ging mit dem aufrechten Wunsch auseinander, den großen Sohn der Eidgenossenschaft recht bald in Karlsruhe wieder zu sehen. Präsident Zetter hatte zum Schluß nicht verfehlt, Herrn Hugenberg, unter lebhaftem Beifall aller Anwesenden, nochmals innigen Dank zu sagen für seine genussreichen Schilderungen der heimatischen Volksseele.

Postbezieher

die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat Dezember noch nicht erneuert haben, wollen dies unverzüglich tun, damit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

Badischer Teil

Zur Kartoffelversorgung

— Ein Mahnwort —

Wer hätte, in Erinnerung an die Jahre der Zwangswirtschaft und der Inflation gedacht, daß Zeiten kommen könnten, in denen die Landwirtschaft ihre Kartoffeln nicht absetzen kann? Und doch ist dies der Fall. Die Ernte des Jahres 1925 war sehr gut, ein sehr großer Teil der Kartoffeln lagert aber noch bei den Landwirten, trotzdem ein Erzeugerpreis verlangt wird, der im Durchschnitt nicht zu hoch ist. Der fehlende Absatz ist um so mehr zu bedauern, als die Lage der Landwirtschaft bekanntermaßen äußerst ungünstig ist, und die Landwirte, um bares Geld zu bekommen, mehr als je auf einen raschen Absatz ihrer Erzeugnisse angewiesen sind.

Es ist allerdings nicht zu verkennen, daß der ständige Absatz zu einem großen Teil an der Geldknappheit weitestgehend die Verbraucher und in dem Rückgang des Verbrauchs gegenüber den Kriegsjahren seine Ursache hat. Jedoch hat man den Eindruck, daß die Gefahr, die in der Unterlassung der Winterbedeckung liegt, nicht allseitig erkannt wird. Der früher blühende Kartoffelhandel hat vielfach seine Tätigkeit eingestellt oder stark eingeschränkt, aus welchem Grunde kann hier ungedeckt bleiben. Die Kartoffeln werden bald von den Landwirten eingemietet und dann vor dem nächsten Frühjahr nicht verfügbar werden. Kommt nun ein langer, harter Winter, so besteht die Gefahr, daß Kartoffeln für den Einkauf in den Städten nicht mehr vorhanden sind und wegen der Frostgefahr auch nicht mehr angeführt werden können. Was es für einen Haushalt heißt, ohne Kartoffeln zu sein, ist aus den Jahren der Kriegswirtschaft bekannt.

Im eigentlichen Interesse der Verbraucherschaft sollte deshalb raschestens zu einer Einbedeckung mit Kartoffeln geschritten werden, soweit es nur irgend möglich ist. Man würde damit aber auch gleichzeitig der hartbedrängten Landwirtschaft einen Dienst erweisen, die ihre erfolgreichen Bemühungen um eine Erhöhung der Kartoffelerzeugung schlecht belohnt sehen würde, wenn sie ihre Kartoffeln nicht absetzen kann. Möge diese Mahnung ihre Wirkung nicht verfehlen!

Die Fahrplankonferenz in Triberg

23. Triberg, 22. Nov.

Bei der am Sonntag in Triberg stattgehabten Eisenbahn-Verkehrskonferenz wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der eine systematische Fortsetzung der beschleunigten Anläufe des vergangenen Sommers zur Verkehrsverbesserung auf den Verkehrslinien Holland—Aheinland, Norddeutschland—Frankfurt, Baden—Schwarzwald—Bodensee—Schweiz und Österreich—Italien, sowie Straßburg—Baden—Herrnried—Italien—Schweiz für dringend notwendig erachtet wurde, u. zw. einmal durch ganzjährige Führung, der in diesem Jahr nur zeitlich begrenzt gefahrenen Züge und weiter durch Schaffung weiterer geeigneter Verbindungen oder Anschlüsse der genannten Verkehrslinien an neu vorzuziehende der Nord—Südwege. Es wird ferner auf die Bedeutung der Fortsetzung des Wiederaufbaues im Fahrplan der Schwarzwaldbahn und der Bodensee—Schweiz, sowie der überörtlichen Bestoßverbindungen hingewiesen und die Reichsbahnverwaltung als zuständige Stelle erachtet, bei den in Frage kommenden beteiligten Direktionen und der Zentrale alles zu tun, um der Verkehrsabwanderung durch ungenügende Verbindungen und der damit verbundenen empfindlichen Schädigung entgegenzuwirken, desgleichen um Schritte zur Beseitigung des verkehrshinderlichen Fahrplans.

In der Resolution wurden einige Anregungen als wesentlich in folgenden Punkten formiert: Beibehaltung und Ausbau der im vergangenen Sommer geschaffenen Verbesserungen im Durchgangsverkehr Holland—Aheinland—Baden—Bodensee—Schweiz, ganzjährige Durchführung der bisher als Saisonzüge gefahrenen Züge, D 157, und D 158, Ausbau der Durchgangswagen in den Schnellzügen, ganzjährige Führung der Wagen Aheinland—Schwarzwald—Chur, Wiederbeschaffung der Durchgangszüge bezw. Wagen von Norddeutschland über Frankfurt—Schwarzwald—Bodensee, Schaffung eines Schwarzwald- und Basel-Flügelzuges mit Anschlüssen nach der Schweiz über Basel und Bodensee, ganzjährige Führung der beschleunigten Personenzüge der Schwarzwaldbahn, Frankfurt—Konstanz und ihre Verknüpfung mit den entsprechenden rheinischen Zügen in Mannheim und Frankfurt, Ausgestaltung der Schnellzüge der Schwarzwaldbahn mit Speisewagen, Verbesserung des Anschlußverkehrs im südwestdeutschen Verkehrsgebiet Offenburg—Donau—Schlingen—Freiburg—Offenburg mit der Parallelstrecke der Oberelbsbahn Basel—Konstanz—Frozheim und den Zweiglinien nach Freiburg und Rottweil, sowie ganzjährige Führung der erstmalig als Saisonzüge wieder erschienenen Durchgangszüge der Oberelbsbahn Basel—Eingen—Lindau—München und Wiedereinführung des Kilometerbestes nach badischem Muster, wobei Zuschlagfreie Benutzung der Schnellzüge vorausgesetzt wird.

In der Entschließung wird weiter die unermessliche Inanspruchnahme der Elektrifizierung der Bahnen gefordert. Es könne bei den westdeutschen und südwestdeutschen Grenzlandbahnen, wo die Abwanderungsmöglichkeit des Durchgangsverkehrs auf die konkurrierenden Parallelbahnen der Grenzlandbahn bestehe, nur eine Elektrifizierung in ganz großen Linien ins Auge gefaßt werden, und zwar vor allem der großen Eisenbahnstrecken beiderseits des Rheins von der holländischen bis zur Schweizer Grenze. Es sei auch dringend erforderlich, daß gleichzeitig mit der Elektrifizierung der Strecke Frankfurt—Basel die Elektrifizierung der Schwarzwaldbahn durchgeführt wird, wenn nicht eine katastrophale Abwanderung des Holland—Östschweizerverkehrs von der Schwarzwaldbahn auf die Aheinlandlinie über Basel erfolgen soll.

Die Konferenz, die 5½ Stunden dauerte, war nicht nur der Zahl der Teilnehmer nach ein ausgezeichnetes Erfolg, sondern auch in der Art der vertretenen Körperschaften. Vom Niederrhein, von Köln und bis zur Schweizergrenze waren 45 Vertreter von Städten, Gemeinden, Handelskammern, Handwerkerkammern, Verkehrsverbänden, Verkehrsvereinen, Hotels, Industrie und Gewerbeorganisationen anwesend. Zu nennen wären unter den Wirtschaftsorganisationen und Städten die Handelskammer Köln und Stadt Köln, die Handelskammer Frankfurt und Stadt Frankfurt, die Handelskammer Mannheim, die Handelskammer Freiburg, die Handelskammer Lauch, die Handelskammer Konstanz u. a. m.

Drei Referate waren auf der Konferenz vorgesehen, und zwar besprach zunächst Direktor Dr. Kuntzmüller die Fragen

des Internationalen und des Fernverkehrs auf der Strecke Holland—Aheinland, Baden—Schwarzwald—Bodensee—Schweiz, er gab eine Übersicht über die erreichten Erfolge des vergangenen Sommers und einen Überblick über die Wünsche für den kommenden Jahresfahrplan.

Als zweiter Referent sprach der Geschäftsführer der Kurverwaltung Triberg, Romberg, über die engeren Verkehrsinteressen Süddeutschlands und der Schwarzwaldbahn. Er behandelte dabei die Frage der beschleunigten Personenzüge, des Anschlußverkehrs im südwestdeutschen Gebiet, die Verbindungen der Anschlußstrecken ins Württembergische, nach Freudenstadt, Stuttgart, Rottweil und ins Donautal, ferner die Verhältnisse des Verkehrs von Freiburg nach München und Basel—Bodensee—München, die Führung der Personenzüge auf badischen Bahnen und ihre geringen Geschwindigkeiten, den Wintersportverkehr usw.

Das dritte Referat hielt in ausgebreiteter Form Bürgermeister Keil-Triberg über die Elektrifizierung badischer Eisenbahnstrecken mit besonderer Berücksichtigung der Schwarzwaldbahnen, wobei der Redner insbesondere auf die außerordentliche Überlegenheit des elektrischen Betriebes, wie ihn die Schweiz jetzt im großen Maße eingeführt hat, ebenso teilweise in Österreich und zum Teil in Norditalien, hinwies und betonte, daß deutscherseits alle Anstrengungen gemacht werden müßten, um diesen Vorsprung einigermaßen auszugleichen. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die Notwendigkeit, zugleich mit der Strecke Frankfurt—Basel auch die organisch dazugehörenden Schwarzwaldbahnen elektrisch zu betreiben, da gerade für die Gebirgsbahnen infolge der Steigung und der vielen Tunnel der elektrische Betrieb ungemein vorteilhaft sei.

Au das dritte Referat schloß sich eine längere ausgebreitete Diskussion, in der Vertreter aus allen Teilen Süddeutschlands und des Rheinlands das Wort nahmen. U. a. wurde der Wunsch geäußert, diese Triberger Besprechungen zu einer dauernden Einrichtung zu machen.

Gemeinde-Rundschaue

Die amerikanische Anleihe für Heidelberg. Der Betrag der amerikanischen Anleihe von 1½ Millionen Dollars ist laut „Heidelb. Tagbl.“ in Heidelberg eingetroffen. Das Bankhaus Speyer & Co. in New York hatte den Betrag durch Kabel der Haupttreibbank in Berlin überwiesen, die ihn dann der Reichsbankstelle zur Weitergabe an die Stadtverwaltung in deutscher Währung überanderte. Die Reichsbank übergab die Summe der Stadt zum vollen Kurse von 420 M. für den Dollar. Die Anleihe gilt vom 1. Juli 1925 bis zum 1. Juli 1950 zum Abgabekurs von 98½ zu 7½ Proz. Goldbankzinsen. Die Anleihe ist f. Zt. in Amerika auf außerordentlich fruchtbareren Boden gefallen und wurde bereits ¼ Stunde nach Beginn des Zeichnungstermins voll abgeschlossen. Der Betrag darf natürlich nur für werbliche wirtschaftliche Zwecke verwendet werden. Die badische Staatsaufsichtsbehörde hat über die Verwendung genaue Kontrolle.

Aufnahme einer Anleihe durch die Stadt Offenburg. Der gemischt beschließende Ausschuss in Offenburg hat der Aufnahme einer Anleihe von 500 000 Reichsmark bei der Kreditbank für Industrie und Landwirtschaft in Berlin zugestimmt. Die Anleihe ist notwendig geworden, weil der Stadt Offenburg die Beteiligung an der Auslandsanleihe des Badischen Giroverbandes mit 350 000 Mark verjagt worden ist.

Verkehrsgemeinschaft Mannheim—Heidelberg. Auf Veranlassung des Verkehrsvereins Heidelberg fand in Heidelberg eine Besprechung statt, an der Vertreter von Handel und Industrie, des Handwerks, der Landwirtschaft, sowie von staatlichen Behörden und den Städten und Verkehrsvereinen Mannheim, Heidelberg, Schwetzingen und Ladenburg teilnahmen. Im Anschluß an ein Referat von Syndikus Dr. Schneider (Mannheim) und eine interessierte Aussprache herrschte allgemeine Übereinstimmung darüber, daß es zweckmäßig sei, sich über bestimmte Aufgaben des Verkehrs, des Verkehrsvereins, sowie über kulturelle Fragen auszusprechen und die Verantwortlichkeit dieser Aufgaben in die Wege zu leiten. Die weitere Behandlung der aufgelauchten Probleme wurde einem Ausschuss übertragen, dem Vertreter der Handelskammern, Stadtverwaltungen und Verkehrsvereine angehören.

Aus der Landeshauptstadt

Töblich verunglückt. Ein Freiburger Auto, das vom Besitzer gelenkt wurde, geriet auf der Straße zwischen Ettlingen und Karlsruhe an einer für Automobile gefährlichen Stelle ins Schleudern. Das Auto überschlug sich und begab eine 74 Jahre alte Frau namens Amalie Itt aus Karlsruhe unter sich. Die Frau erlitt tödliche Verletzungen und starb im Städt. Krankenhaus in Karlsruhe. Der Autobesitzer, Richard Weil aus Freiburg, der sich auf einer Geschäftsreise befand, hatte die Frau, die sich auf dem Wege nach Karlsruhe befand, da er des Weges unkundig war, gebeten, im Auto Platz zu nehmen. Sie nahm die Einladung dankbar an, was ihr dann schließlich zum Verhängnis gereichen sollte.

Aufführung im Badischen Landestheater Karlsruhe. Das Interesse für die Aufführung der einaktigen Tanzoper von Monteverdi-Orff „Tanz der Spröden“, die am Samstag, den 28. November stattfindet, ist allerorts lebhaft. Derselbe Abend, der unter musikalischer Leitung von Ferdinand Wagner steht, bringt noch die Einakter „Ais und Galatea“ von Händel und „Apotheker“ von Joseph Sauter. Die szenische Leitung von „Tanz der Spröden“ und „Apotheker“ liegt in Händen von Otto Kraus, die von „Ais und Galatea“ in Händen von Helmut Große. Am Sonntag, den 29. November, findet die dritte Wiederholung der mit so großem Erfolg aufgenommenen „Meisterfänger von Nürnberg“, von Richard Wagner, statt. Mit Ausnahme des „Stolz“, der zum erstenmal von Wilhelm Kientwig gesungen wird, ist die Besetzung die gleiche, wie bei der Erstaufführung. Die musikal. Leitung liegt wieder in den Händen von Ferdinand Wagner. Die Vorstellung beginnt um 8 Uhr. — Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die erste Wiederholung der mit so großem Beifall aufgenommenen Neueinführung „Was ihr wollt“ heute Dienstag, halb 8 Uhr stattfindet.

Kolossale. Das Programm vom 18. bis 30. Nov. bringt Herrn Alb. Dommell als sehr gewandten Schattenspieler. Die 2 Genharbs, besonders der Kleine, sind tüchtige Equilibristen. Ebenfalls assistiert von seiner Truppe, betiteln ihre Darbietungen: Musik u. Gesang im Dienste der sensationellen Gedankenübertragung und wirklich sind die Darbietungen sehr interessant. Aus dem Publikum werden verschiedene Opern oder Operetten ganz dezent dem Anfrager genannt u. sofort spielt u. singt die Dame auf der Bühne einen Teil der Oper oder Operette. Des Gattinbill William Schuff mit seiner Gattin Therese Schuff-Deslina ist sehr heiter u. unterhaltend. Die 5 Ceramicos, 4 Damen u. 1 Herr arbeiten am Trapez vorzüglich. Effie Lerch, die Frau mit den 1000 Augen erteilt auf alle geschriebenen Fragen ihre Ratsschläge, ohne die Briefe zu öffnen, ohne sie überhaupt zu berühren. Ellu und John bringen ein Zukunftsspiel zur Darstellung und haben die Lächer auf ihrer Seite.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe von 8 Uhr morgens. Der gestrige Tag brachte wieder unternormale Temperaturen. Die Ebene lag unter Hochnebel, die Höhen ab 1000 Meter über den Wolken, doch nahm auch dort die hohe Bewölkung zu. Die Temperaturkurve hörte auf. Heute früh hat Karlsruhe minus 0 Grad, der Feldberg minus 6 Grad. Im Norden des Landes bis nach Mittelbaden fiel heute Nacht Schnee. — Das östliche Tief breitet seinen Einfluß immer weiter nach Süden aus und scheint sich mit einer Depression über dem Mittelmeer vereinigen zu wollen, wodurch weitere Kaltluftmassen angefaßt werden, die unserem Gebiet den Fortbestand des winterlichen Wetters sichern. Voraussage für Mittwoch: Fortdauer des winterlichen Wetters, im Gebirge Frost, Rheinebene Temperaturen bei 0 Grad zeitweise Niederschläge.

Kurze Nachrichten aus Baden

Heidelberg, 24. Nov. Auf Bahnhof Schlierbach bei Heidelberg entgleiste heute früh beim Verschubgeschäft eine Lokomotive, wodurch beide durchgehenden Gleise ab 6 Uhr gesperrt wurden. Der Personenverkehr wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten. Ab 7 Uhr 45 konnte einseitig, ab 10 Uhr zweigleisiger Betrieb wieder aufgenommen werden. Personen wurden nicht beschädigt, Sachschaden ist unbedeutend.

Bruchsal, 20. Nov. Nach langem Leiden ist im 82. Jahre seines Lebens und im 57. Jahre seines Priestertums Stadtpfarrer a. D. Josef Kunz gestorben. Mit ihm ist ein warmherziger Wohltäter der Stadt dahingeshieden, die ihn im vorigen Jahre zum Ehrenbürger ernannt hat. Im Stadtrat widmete der Oberbürgermeister dem Verstorbenen einen herzlichen Nachruf, indem er sein Wirken und Schaffen namentlich im Dienste hilfsreicher Nächstenliebe würdigte.

Offenburg, 24. 11. Im Kreise von 30 Kindern, Entlein u. 28 Erwachsenen begeht heute die Witwe Hella Feilbronner geb. Baum ihren 104. Geburtstag. Die Jubilarin, die 1821 in Rannweiler (Amt Lahr) geboren ist, erfreut sich trotz ihres hohen Alters einer guten Gesundheit, wenn auch ein Unfall, der ihr 1920 zustieß, sie seitdem zwingt, das Bett zu hüten.

Donauwörth, 23. Nov. In der entsehlenden Familientragödie, die im Hause des Oberleutnants a. D. Hennig, der sich zuletzt mit Holzhandel beschäftigte, wurde, wie gemeldet, die aus Vater, Mutter und Sohn bestehende Familie, sowie die 27jährige Sekretärin Hermann mit Kopfschüssen tot aufgefunden, wird noch berichtet: Der Täter, der Sohn des Oberleutnants, Hans Jürgen Hennig, der sich nach der Tat selbst erschossen hat, ließ ein Notizbuch zurück, in dem steht: „Alles unschuldig, außer ich, Hans Jürgen.“ Der 27-jährige Hennig, ein Student, der seit längerer Zeit untätig in seinem Elternhause weilte und auf großem Fuße lebte, wollte angeblich von seiner Braut eine Erbschaft vermachung bekommen haben. Diese Braut soll sich in Südtirol wegen eines unheilbaren Leidens von einem Felsen gestürzt und dem jungen Hennig mehrere Hunderttausend Mark hinterlassen haben, die sich nach Angabe des Hennig auf einer englischen Bank befanden. Auf Grund dieses Erbschaftsgerichts, dem die Eltern Hennigs Glauben schenken, wollte die Familie heute früh nach München übersiedeln. Der Sohn wollte mit dem Gelde ein Gut kaufen. Heute früh scheint er nun aber das Gerücht von seiner Erbschaft nicht mehr länger haben aufrechterhalten können, weshalb er wohl die entsehlende Tat vollbrachte.

Schonach, 22. Nov. Wie kürzlich gemeldet wurde, war für die Gemeinde Bürglen in der Schweiz, dem Geburtsort Wilhelm Tell's, von einer Willinger Firma ein neues Glockengeläute geliefert worden. Diese Woche lieferte nun die Turmhuhnenfabrik Schneider Schönen, hier, eine der größten Turmhuhnen mit elektrischem Aufzug für den gleichen Ort, der somit Glockengeläute und Turmhuhnen aus dem Schwarzwald erhalten hat.

Singen, 22. Nov. In einer am Freitag Abend hier abgehaltenen Vorstandssitzung der Scheffel-Gemeinde wurde beschlossen am 26. ds. Mts. hier im „Deutschen Hof“ in einer Generalversammlung den Mitgliedern der Scheffel-Gemeinde Aussprache und Aufklärung der Vorgänge, die zum Konkurs führten, zu geben.

Konstanz, 23. Nov. Das Bodensee-Städtebündentheater bringt am 25. November, abends 8 Uhr zur Aufführung Wolfgang Petets „Lafalle“ eine tragische Komödie. Regie ist Karlsruhe Vertreter der „Frankfurter Bg.“

Handel und Wirtschaft

Berliner Eisennotierungen

	24. Nov.		23. Nov.	
	Geld	Mark	Geld	Mark
Amsterdam 100 G.	168.70	169.19	168.70	169.19
Kopenhagen 100 Kr.	104.54	104.80	104.32	104.50
Italien . . . 100 L.	16.77	16.81	17.00	17.04
London . . . 1 Pf.	20.327	20.379	20.324	20.374
New York . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	16.41	16.45	16.29	16.33
Schweiz . . . 100 Fr.	80.85	81.00	80.83	81.04
Wien 100 Schilling	69.08	69.22	69.12	69.29
Brag . . . 100 Kr.	12.42	12.46	12.42	12.46

Notierung überall 100 Prozent

In der Plenarversammlung der Schwarzwald-Handelskammer zu Billingen vom 17. November wurde zu verschiedenen wichtigen Fragen Stellung genommen. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß es eine grundsätzliche Aufgabe der Kammer sei, sich mit den Finanzverhältnissen der Gemeinden zu befassen, um den Anteil von Industrie und Handel an den Gemeindefinanzlasten auf ein tragbares Maß zurückzuführen. Weiter befaßte sich die Versammlung u. a. mit dem Entwurf eines Gesetzes über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses. Sie sprach sich dafür aus, daß die Möglichkeit eines solchen Zwangsvergleiches gegeben wird. Der Entwurf lehnt sich eng an die Verordnung über die Geschäftsaufsicht zur Abminderung des Konkurses an, verschärft diese aber wesentlich. Schließlich entschied sich die Plenarversammlung dahin, daß im Hinblick auf die veränderten Verhältnisse in Lieferungsverträgen die Klausel „Preis freibleibend“ keine Anwendung mehr finden soll.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Konularische Vertretung Guatemalas.

Herr Otto Kusche in Freiburg ist zum Honorarkonsul der Republik Guatemala in Freiburg ernannt worden. Er wird hiermit zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen zugelassen.

Karlsruhe, den 18. November 1925.

Badisches Staatsministerium

Dr. Hellpach.

